



**Stadt Kamen**

**Niederschrift**

**UKA**

über die  
3. Sitzung des Umwelt- und Klimaschutzausschusses  
am Donnerstag, dem 27.10.2022  
im Sitzungssaal I

Beginn: 18:00 Uhr  
Ende: 20:06 Uhr

Anwesend

SPD

Herr Denis Aschhoff  
Frau Alexandra Bartosch  
Herr Daniel Heidler  
Frau Brigitte Langer  
Frau Jutta Maeder  
Frau Nadine Pasalk  
Frau Stephanie Sabiniarz  
Herr Volker Sekunde

CDU

Herr Michael Bierhoff  
Frau Sarah Grüneberg  
Herr Stefan Helmken  
Herr Marco Korte  
Herr Matthias Meschede  
Herr Andreas Sude

Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Frau Anke Dörlemann  
Frau Christina Kollmann  
Herr Marian-Rouven Madeja

FW Kamen

Herr Dennis Kobus

FDP

Herr Fabian Gulcz

Sachverständige gem. Beschluss des Umwelt- u. Klimaschutzausschusses

Herr Winfried Borgmann  
Herr Rainer Nehls

## Verwaltung

Herr Matthias Breuer  
Herr Dr. Uwe Liedtke  
Herr Gerald Müller

## Gäste

Herr Bothmann, RVR

## Entschuldigt fehlten

Herr Heinrich Behrens  
Herr Peter Gerwin  
Herr Klaus-Bernhard Kühnapfel  
Herr Gökcen Kuru  
Herr Timon Lütschen  
Herr Andreas Meier  
Frau Dr. Natalie Renkhoff  
Herr Hans-Heinrich Wortmann

Auf die in der Niederschrift hingewiesene Präsentation aus der Sitzung am 27.10.2022 kann über das Ratsinformationssystem zugegriffen werden.

Herr **Aschhoff** eröffnete die form- und fristgerecht einberufene Sitzung des Umwelt- und Klimaschutzausschusses begrüßte die Ausschussmitglieder, Zuhörerinnen und Zuhörer und den Vertreter vom Regionalverband Ruhr. Er stellte die Beschlussfähigkeit fest. Auf seine Nachfrage, ob einer Audioaufzeichnung der Sitzung zugestimmt werde, gab es keine Einwendungen der Ausschussmitglieder.

Änderungen zur Tagesordnung ergaben sich nicht.

## A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Einwohnerfragestunde	
2	Regionale Biodiversitätsstrategie Ruhrgebiet	
2.1	Vorstellung der Strategie durch Herrn Bothmann vom Regionalverband Ruhr (RVR)	
2.2	Regionale Biodiversitätsstrategie Ruhrgebiet	105/2022
3	Änderung des Landesentwicklungsplans Nordrhein-Westfalen (LEP NRW) zum Ausbau der Erneuerbaren Energien und zur Umsetzung des Wind-an-Land-Gesetzes	106/2022
4	Bericht des Klimaschutzmanagements	
5	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	

## B. Nichtöffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	
2	Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung	

## A. Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Einwohnerfragestunde

Es gab keine Einwohnerfragen.

Zu TOP 2.

Regionale Biodiversitätsstrategie Ruhrgebiet

Herr **Breuer** führte hierzu aus, dass zum Thema im letzten Planungs- und Stadtentwicklungsausschuss die zugehörnde Mitteilungsvorlage vorgestellt und diskutiert wurde.

Herr Frank **Bothmann** (Teamleiter Umweltentwicklung und Monitoring im Referat Klima und Umweltschutz des Regionalverbands Ruhr (RVR)) berichtete nachfolgend zur Biodiversitätsstrategie aus erster Hand.

Zu TOP 2.1.

Vorstellung der Strategie durch Herrn Bothmann vom Regionalverband Ruhr (RVR)

Herr **Bothmann** erläuterte, dass er als Planer beim Regionalverband Ruhr im Kerngeschäft des Regionalverbands bei der Freiraumsicherung/Freiraumentwicklung tätig ist. Mit seiner Präsentation informierte Herr Bothmann über die Regionale Biodiversitätsstrategie Ruhrgebiet und warb für Kooperation und Zusammenarbeit (siehe Anhang).

Herr **Helmken** bedankte sich für den Vortrag, vermisste jedoch die Einordnung hinsichtlich Wasserrückhaltung, was zukünftig Aufgabe jeder Kommune sein wird. Er fragte, nach dem strategischen Ansatz Flächen so zu gestalten, dass man sie einerseits für die dortige Entfaltung der Biodiversität und gleichzeitig für Wasserrückhaltung (Stichwort: Schwammstadt) nutzen kann. Er erhofft sich Unterstützung der Kommunen durch den RVR, auch im Hinblick auf die damit verbundenen finanziellen Herausforderungen.

Herr **Heidler** fand es ermutigend, dass Diversität und Artenvielfall zurückkommen, wenn Räume wie ehemalige Zechen der Natur wieder überlassen werden, und beeindruckend, dass sich dort bis zu 1.000 unterschiedliche Arten angesiedelt haben. Er erkundigte sich, ob es sich dabei auch um neue Arten handelt. Herr Heidler fand es aus der Sicht des Kommunalpolitikers spannend, dass man auf Klein- bzw. Mosaikflächen etwas erreichen kann und so auch Flächen in der Stadt nutzen kann. Er fragte nach einer Einschätzung bezüglich der Vereinbarkeit von Windkraft- und Photovoltaik-Anlagen mit Biodiversität.

Herr **Bothmann** erläuterte, dass der Artenreichtum der Industrienatur ganz stark mit Neophyten (neue Arten aus Pflanzen- und Tierreich) verbunden ist. Das hat mit der Industriekultur und den verschiedenen (Transport-)Wegen, wie Zügen und Wasser, in das Gebiet zu tun. Es sind viele Arten darüber hereingekommen. Diese Arten haben auf den Flächen, wie z.B. den Rangierbahnhöfen, die für unsere klimatischen Verhältnisse Extremstandorte sind – Refugien gefunden. Dort sind häufig Arten aus dem zentralasiatischen Raum zu finden, die in den trocken-warmen Bereichen verbreitet sind. Die Neophyten machen einen nicht-unwesentlichen Anteil der 1.000 Arten aus. Das ist das besondere Charakteristikum und Qualität der Biodiversität der Industrienatur.

Herr Bothmann findet es wichtig auch kleine Flächen einzubeziehen und hält es für machbar mit geringem Aufwand viel zu erreichen.

Zum Thema der Vereinbarkeit von Photovoltaik-Anlagen mit Biodiversität verwies Herr Bothmann auf die kürzlich erschienene Veröffentlichung des Bundesamtes für Naturschutz (BfN) „Eckpunkte für einen naturverträglichen Ausbau der Solarenergie“

<https://www.bfn.de/publikationen/positionspapier/eckpunkte-fuer-einen-naturvertraeglichen-ausbau-der-solarenergie>

Frau **Dörlemann** freute sich über die Strategie des RVR. Sie findet den wissenschaftlichen Ansatz und planerischen Anspruch wichtig sowie die drei verschiedenen Phasen, die aufeinander aufbauen sehr gut. Sie fragte, wer das Biodiversitätsmonitoring übernimmt, was Teil der Strategie ist, und wer bei der Vielzahl der Kommunen den Überblick behalten kann. Sie fand es toll, Wildnis in die Stadt zu bringen und die Erreichbarkeit zu gewährleisten. Sie wollte außerdem wissen, bis wann Projekte/Projektideen gemeldet werden dürfen.

Herr **Bothmann** antwortete, dass man sich aktuell in einem laufenden Prozess befindet und es keine Ausschlussfrist gibt. Ziel ist bis zum Ende des Jahres Projekte zusammenzutragen. Das Biodiversitätsmonitoring könnte ggf. durch die Biostationen erfolgen, die zusammen mit den Unteren Naturschutzbehörden (UNB) über einen großen Wissensschatz verfügen. Die Finanzierung, z.B. durch Fördermittel müsste allerdings noch geklärt werden.

Herr **Bierhoff** fragte, ob es von Seiten RVR Unterstützung oder Geld für die Öffentlichkeitsarbeit gibt, um für die Maßnahmen und die Akzeptanz zu werben.

Herr **Bothmann** verneint dies und verweist auf das Umweltportal des RVR und mögliche individuelle Kooperationen mit den Biostationen.

Herr **Dr. Liedtke** erklärte die Bereitschaft, dass sich die Stadt Kamen gerne weiter an der Netzwerkarbeit des RVR für die urbane Biodiversität beteiligt.

In diesem Zusammenhang erinnerte Herr Dr. Liedtke daran, dass der Rat der Stadt Kamen vor Jahren bereits beschlossen hat vollständig auf den Einsatz von Bioziden und Herbiziden zu verzichten. Er nannte folgende biodiversitätsfördernde Aktivitäten seitens der Stadt Kamen: naturnaher Umbau des Seseke-Systems, Bahntrassen, Blühwiesen, Angebot von Saatgut, extensive Pflege von Grünflächen, z.T. Mähen nur im Randbereich aus gestalterischen Gründen, größere Bereiche werden seltener gemäht, grünes und blaues Klassenzimmer. Des Weiteren gibt es bezüglich notwendiger Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen eine Vereinbarung mit dem Kreis Unna, was die Umsetzung betrifft, wenn auf dem Kamener Stadtgebiet keine Flächen verfügbar sind. Herrn Dr. Liedtke war noch wichtig zu erwähnen, dass es auf dem Gebiet der Stadt Kamen ein sehr besonderes Beispiel zum Thema Industrienatur gibt. Dabei handelt es sich um den alten Holzplatz in Heeren-Werve der zwischen der Lenninger Straße und Seseke liegt und sich darüber hinaus auf das Bönener Gemeindegebiet zieht. Der Holzplatz ist sehr artenreich und auch Naturschutzgebiet geworden. Herr Dr. Liedtke erläuterte, dass aktuell im Bereich der Bauleitplanung, Flächennutzungsplanung oder Bebauungspläne keine Notwendigkeit besteht, aktiv zu werden.

Zu TOP 2.2.  
105/2022

Regionale Biodiversitätsstrategie Ruhrgebiet

Die Mitteilungsvorlage wurde ohne Beratung zur Kenntnis genommen.

Zu TOP 3.  
106/2022

Änderung des Landesentwicklungsplans Nordrhein-Westfalen (LEP NRW) zum Ausbau der Erneuerbaren Energien und zur Umsetzung des Wind-an-Land-Gesetzes

Herr **Dr. Liedtke** erläuterte die Hintergründe zur Vorlage. Er betonte, dass es wichtig war die Ausschussmitglieder über die aktuellen Entwicklungen im Bereich Wind-an-Land-Gesetz zu informieren.

Des Weiteren ging er auf die aktuellen Entwicklungen bezüglich Freiflächen-Photovoltaikanlagen ein. Es informierte darüber, dass es möglicherweise noch in diesem Jahr einen Erlass zum Thema Freiflächen-Photovoltaik-Anlagen geben wird, mit dem Ergebnis, dass das Land Flächenpotenziale definieren wird. Grundlage hierfür soll eine Studie des LANUV sein. Diese Studie ist noch nicht fertiggestellt. Sicher ist, dass die Stadt Kamen und dieser Ausschuss an der Änderung des Regionalplans beteiligt wird.

Herr **Heidler** bedankte sich für die Ausführungen, die ihm ein Gefühl vermittelten, wo es hingehen soll. Der Planungsprozess sei zu begrüßen, sowohl für Klimaschutz als auch Energieunabhängigkeit. Für Herrn Heidler ist es wichtig solche Prozesse mit dem Bürger zu gestalten, möglicherweise mit einer Bürgerbeteiligungsoption bei der Errichtung der Anlagen.

Herr **Dr. Liedtke** erläuterte die aktuelle Rechtslage der Anwendung des Wind-an-Land-Gesetzes für Kamen. In Kamen ist im Flächennutzungsplan (FNP), der planungsrechtliche Regelungsgrundlage, ein Vorranggebiet

ausgewiesen, das sich nördlich der Autobahn auf der Lüner Höhe befindet. Dafür ist der FNP im Jahr 2010 geändert worden, d.h. nur in diesem Vorranggebiet sind Windenergieanlagen zulässig. Damit verbunden ist eine Ausschlusswirkung bezogen auf das restliche Stadtgebiet, d.h. deswegen sind an anderen Stellen im Stadtgebiet Windenergieanlagen derzeit nicht zulässig.

Das neue Wind-an-Land-Gesetz wirkt so, dass diese Ausschlusswirkung bei dem FNP bis spätestens 31.12.2027 gilt. Sollte der Regionalplanungsträger RVR bis dahin keine Flächen ausgewiesen haben, entfällt die Steuerungsfunktion und Windenergieanlagen sind dann privilegiert, so wie es heute landwirtschaftliche Vorhaben im Außenbereich sind.

Herr **Kobus** und Frau **Dörlemann** wollten wissen, wie viel Fläche eine Windkraftanlage einnimmt und wie viele solcher Anlagen auf Kamener Stadtgebiet verteilt werden müssten, um auf 2%-Flächenanteil zu kommen.

Herr **Breuer** erläuterte, dass eine pauschale Berechnung der Stromerträge für Aufstellflächen einer bestimmten Größe schwierig sei, weil die Erträge von verschiedenen Einflussfaktoren, wie Anlagentyp und –größe, damit verbundenen Flächenbedarfen sowie den Rahmenbedingungen des Aufstellortes (Flächenzuschnitt, Verteilung der Windkraftanlagen auf Fläche, Windhäufigkeit, Ausschlusskriterien) abhängig sind. Hinzu kommt, dass geeignete Flächen nicht nur erst noch ermittelt werden müssen sondern dann auch von den Eigentümern zur Nutzung für Windkraftanlagen zur Verfügung gestellt werden müssten.

Frau **Dörlemann** erkundigte sich, ob sie die Vorlage zum Wind-an-Land-Gesetz richtig verstanden habe, dahingehend, dass eine vorzeitige Aufgabe der Windvorrangfläche möglich sei, um die Ausschlusswirkung bereits vor dem 31.12.2027 aufzuheben und Windkraftanlagen auch außerhalb des aktuellen Vorranggebietes errichten zu können.

Herr **Dr. Liedtke** erläuterte, dass der RVR Flächenpotentiale untersucht und für sein Verbandsgebiet darstellt. Herr **Breuer** ergänzte, dass aktuell noch nicht bekannt ist, was im Landesentwicklungsplan als Vorgabe dafür geregelt wird. Heute gibt es dort noch die 1500-m-Abstandsregel. Eine Änderung müsste zunächst vom Land beschlossen werden.

Zu TOP 4.

Bericht des Klimaschutzmanagements

Herr **Müller** berichtete anhand der Präsentation über die zurückliegenden Projekte und Aktivitäten und stellte außerdem kurz das RVR-Projekt „Klimabäume – Unsere Streuobstwiese“ vor, für das öffentliche und gemeinnützige Träger im Bereich Kinder- und Jugendarbeit angesprochen werden sollen, sobald die Informationsmaterialien seitens RVR zur Verfügung stehen.

Zur Vorstellung der Aktivitäten in Kamen-Methler merkte Herr **Aschhoff** an, dass er es spannend findet, dass in Methler aktiv auf die Bürger zugegangen und damit die Hemmschwelle für Aktivitäten gesenkt wird.

Anschließend stellte Herr **Dr. Liedtke** anhand des Luftbildes in der Präsentation das Projekt zur Neugestaltung der Beete im Schulzentrum im Zugangsbereich von der Gutenbergstraße zum Haupteingang Gesamtschule vor. Mit der Schulleiterin Frau Ludwig und weiteren Akteuren der Schule sowie der Stadt Kamen wurde ein gemeinsames Pflanzkonzept entwickelt, bei dem Nachhaltigkeit, Regionalität und Artenvielfalt eine ganz wesentliche Rolle spielen. Es wurde der Auftrag erteilt, das Gelände von einem Gartenbauunternehmen neu zu gestalten – in Abstimmung mit den Fachlehrern der Gesamtschule, den Arbeitsgemeinschaften und dem Bio-Leistungskurs. Die Umgestaltung soll noch im Winter abgeschlossen werden. Finanziert wird das Projekt aus Einnahmen von Zahlungen für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen.

Herr **Kobus** wies darauf hin, dass auf dem Dach der Gesamtschule keine Photovoltaik-Anlage zu sehen sei. Herr **Dr. Liedtke** erinnerte an den Beschluss mit dem Auftrag an die Verwaltung, dass bei notwendigen Sanierungen der Dachflächen, geprüft werden muss, ob man die Dächer begrünen und/oder mit Photovoltaikanlagen ausstatten kann. Diese Prüfung erfolgt kontinuierlich. Bei der Gesamtschule steht momentan keine Dachsanierung an.

Herr **Dr. Liedtke** informierte in diesem Zusammenhang darüber, dass es aktuell ein Förderprogramm gibt, über das die Entsiegelung von Flächen gefördert werden kann. Die Verwaltung stimmt mit der Schule und Feuerwehr ab, welche Flächen auf dem Gelände des Schulzentrums für eine Entsiegelung geeignet sind bzw. in Frage kommen und nicht als Zufahrtswege für Feuerwehr oder Rettungsfahrzeuge benötigt werden.

Herr **Kobus** regte an, dass bei der Erneuerung der gasbetriebenen Heizungsanlage geprüft wird, ob umliegende Flächen, für oberflächennahe Geothermie genutzt werden können.

Herr **Aschhoff** ergänzte, dass aktuell das Dach des Gymnasiums bereits zur Hälfte mit Photovoltaik-Modulen bestückt sei und im Zuge der Sanierung des Gymnasiums die gesamte Dachfläche in Betracht gezogen wird. Er wurde die Tage darauf aufmerksam gemacht, dass die GSW keine PV-Anlage auf dem Dach hat und ist sich sicher, dass es dafür Gründe gibt. Er will das Thema PV-Anlagen für den nächsten Umwelt- und Klimaschutz-Ausschuss auf die Tagesordnung nehmen und einen Überblick erhalten, wie weit die Stadt bei den öffentlichen Gebäuden ist und was in Planung steht.

Frau **Dörlemann** begrüßte die Aufnahme dieses Tagesordnungspunktes.

Herr **Heidler** äußerte seine Irritation darüber, dass bei der Vorstellung eines Projektes, das aus seiner Sicht Lob verdient, da es die Biodiversität in Zusammenarbeit mit Schülerinnen und Schülern stärkt, über die Photovoltaik-Ausstattung der Dächer diskutiert wird.

Frau **Dörlemann** hat die Neugestaltung der Beete wohlwollend aufgenommen und findet das Projekt richtig gut. Sie findet die Kombination der Ausführung durch die Firma in Abstimmung mit den Leistungskursen optimal.

Sie schloss sich dem Vorschlag von Herrn **Aschhoff** hinsichtlich des Tagesordnungspunktes für die nächste UKA-Sitzung an.

Zu TOP 5.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Mitteilungen:

Als Mitteilung gab es eine Terminübersicht, auf die Herr **Dr. Liedtke** und Herr **Breuer** verwiesen haben und die zeitnah mit der Präsentation ins Ratsinformationssystem eingestellt wird.

Anfragen:

Herr **Bierhoff** erinnerte daran, dass in der Vergangenheit die spannende Begehung des Solarhauses in der Entstehungsphase stattfand. Er regte an, die Begehung nach dem Winter zu wiederholen, wenn es die ersten Erfahrungswerte von den Bewohnern gibt. Von Interesse ist die Wohnqualität, Energieverbrauch sowie ob und wie alles funktioniert hat, wie zufrieden die Bewohner sind. Außerdem wäre der Ist-Zustand interessant, da es noch Eindrücke von der Erstbesichtigung in der Bauphase gibt.

Herr **Dr. Liedtke** stellte eine Besichtigung in Aussicht.

Herr **Heidler** erkundigte sich nach der Reaktion auf den Aufruf von Herrn **Müller** in der Tageszeitung das städtische Förderprogramm zur Dachbegrünung von Garagen und Carports zu nutzen, da das Förderprogramm noch nicht ausgeschöpft sei. Herr Müller berichtete, dass er daraufhin interessierte Nachfragen erhielt, jedoch noch auf Anträge wartet.

Herr **Kobus** fragte nach, ob es bisher nur die sechs bewilligten Anträge gebe und wie viele Förderanträge insgesamt bewilligt werden können. Herr **Müller** bestätigte die sechs Bewilligungen und teilte mit, dass mit den eingestellten Haushaltsmitteln insgesamt 20 Förderanträge bewilligt werden können.

Herr **Dr. Liedtke** ergänzte, dass bei einer größeren Nachfrage das Förderprogramm kurzfristig durch einen Ratsentscheid aufgestockt werden könnte.

**B. Nichtöffentlicher Teil**

Zu TOP 1.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Mitteilungen und Anfragen im nichtöffentlichen Teil der Sitzung lagen nicht vor. Eine Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung ergab sich nicht.

Zu TOP 2.

Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung

keine

gez. Aschhoff  
Vorsitzender

gez. Breuer  
Schriftführer